

Pressestelle

Claudia Beck

Fraktionsgeschäftsführerin
Pressesprecherin
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/5002 509
Mobil: 0171/47 57 934
c.beck@landtag-saar.de

Grüne: Freiheit des Internets und Schutz vor Missbrauch sensibler Daten müssen Hand in Hand gehen

Zur aktuellen Debatte um den Online-Dienst „Google Street View“ erklärt die datenschutzpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Claudia Willger-Lambert:

„Es muss für Internetdienste klare gesetzliche Grundlagen geben, die die persönlichen Daten von Bürgerinnen und Bürgern schützen. Dabei geht es nicht darum, Einzelfall-Gesetze zu erlassen, die einzelne Dienste beschränken sollen. Das Saarland hat gemeinsam mit Hamburg eine Initiative zur Änderung des Bundesdatenschutzes im Bundesrat gestartet. Dieses Gesetz muss nun auch so schnell wie möglich in Kraft treten. Genau so wichtig ist es aber, die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber aufzuklären, was diese Online-Dienste machen und welche Schutzmöglichkeiten bereits jetzt zur Verfügung stehen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert, welche Daten und Bilder im Internet überhaupt veröffentlicht werden. Hier darf es auch nicht zur Panikmache kommen.“

In der aktuellen Debatte um einzelne Online-Dienste dürfe aber nicht vergessen werden, dass insgesamt eine neue Netzpolitik notwendig sei. Willger-Lambert: „Wir befinden uns mitten im digitalen und vernetzten Zeitalter. Das darf man nicht ignorieren und muss daher auch die entsprechenden

Regelungen anpassen.“ Das Internet biete vielfältige innovative Angebote und vergrößere die individuellen Kommunikations- und Informationsfreiheiten enorm. Daher seien die Freiheit des Internets und die Netzneutralität zentrale Elemente zukünftiger Netzpolitik. Auch müsse jede und jeder die Möglichkeit haben, überhaupt Zugang zum Internet zu bekommen – hierzu sei eine lückenlose Breitbandversorgung erforderlich. „Wir wollen ein neutrales Medium, das weder von Konzernen noch von Staaten gesteuert oder gefiltert wird und für jeden zugänglich ist.“ so Willger-Lambert. Mit Sorge sehe man daher, dass Google derzeit mit dem größten deutschen Provider Telekom darüber verhandele, bestimmte Daten und Dienste bevorzugt zu behandeln. Willger-Lambert abschließend: „Kein Zugangsanbieter darf nach inhaltlichen Kriterien Einfluss auf die Verfügbarkeit, Priorisierung der weitergeleiteten Daten nehmen. Ist das der Fall, ist eine freie Meinungsbildung und -äußerung in Gefahr. Hier muss es klare Richtlinien geben, die dies vermeiden.“